

Pressemitteilung aus der FDP-Fraktion

Zu den Interpellationen «Alles ausser Kontrolle» und «Missstände bei der Durchsetzung des Tierschutzrechts?»

Fall Hefenhofen: Gemeinden und Kanton müssen den Ernstfall trainieren

Die FDP-Fraktion nimmt die beiden Interpellationen «Alles, ausser Kontrolle» und «Missstände bei der Durchsetzung des Tierschutzrechts?» zum Anlass, als Lehre aus dem Fall Hefenhofen eine intensivere Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden bei der Vermeidung solcher Fälle zu fordern. Das Instrument der Gefahrenabwehr und des Bedrohungsmanagements muss sowohl auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene implementiert und beübt werden. So kann verhindert werden, dass ein Fall wie jener des Tierhalters von Hefenhofen, sich so auswachsen kann.

Der Regierungsrat hat mit der Aufarbeitung der Vorfälle rund um den Fall Hefenhofen nach Ansicht der FDP-Fraktion die Grundlage geschaffen, um die richtigen Lehren daraus zu ziehen und dementsprechende Massnahmen zu ergreifen. Die FDP unterstützt die vorgeschlagenen Massnahmen des Berichtes und fordert den Regierungsrat auf, den eingeschlagenen Weg der Umsetzung konsequent weiter zu beschreiten. Sie legt dabei insbesondere Wert darauf, dass die verschiedenen involvierten Stellen auf kommunaler und kantonaler Ebene bei ähnlich gelagerten komplexen Fällen koordiniert und lösungsorientiert zusammenarbeiten, allen voran das Veterinäramt, die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft.

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Vermeidung ähnlicher Fallkonstellationen noch stärker in den Vordergrund gerückt werden soll. Und sie ist der Überzeugung, dass die dafür notwendigen Instrumente bereits vorhanden sind, allerdings noch nicht konsequent angewandt werden. Der Kanton bzw. die KAPO TG verfügen über eine Fachstelle Gefahrenabwehr und Bedrohungsmanagement (GABM). Einige Gemeinden haben einen designierten „Beauftragten für das Bedrohungsmanagement“. Damit sind diese Gemeinden in ein „Sensorsystem“ eingebunden, welches im Verbund mit der Fachstelle GABM allfällige Eskalationen wie im Fall Hefenhofen mindestens kontrollieren, wenn nicht sogar verhindern könnte.

Mit GABM haben der Kanton und die Gemeinden ein sehr gutes Instrument, um Eskalationen und Krisen in der Entstehung zu erkennen, Lageentwicklungen zu verfolgen, die Risikoeinschätzung laufend anzupassen und adäquate Massnahmen rechtzeitig einzuleiten und deren Wirkung zu kontrollieren. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass das Instrument GABM bekannter gemacht und nachhaltig ausgebildet werden muss, damit die Lageentwicklung, Risikoeinschätzung und Massnahmendefinition interdisziplinär d.h. gemeinde- und ämterübergreifend angewandt werden kann. GABM ist das richtige Instrument, um Eskalationen und Krisen zu vermeiden.

Es ist für die Vermeidung künftiger Fälle wie Hefenhofen wichtig, dass man das Instrument der Gefahrenabwehr und des Bedrohungsmanagements im Sinne der oben dargelegten gemeinde- und ämterübergreifenden Zusammenarbeit ausweitet, konsequent verbreitet und auf allen Ebenen konsequent trainiert. Die FDP-Fraktion fordert den Regierungsrat daher dazu auf, diese Massnahme als

Kernstück in seinen Massnahmenkatalog im Gefolge des Falles Hefenhofen aufzunehmen und umzusetzen.

3. Dezember 2018, FDP.Die Liberalen Thurgau, Anders Stokholm, Fraktionspräsident
Für Rückfragen: Telefon 071 672 17 20, Mail: info@fdp-tg.ch